Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonnabend.
24. November 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4761—68, 4769—98. Telegr.-Adresse: Deutsche Allgemeine Zeitung. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezugspreis für den Monat 24. November 1,04 Goldmark.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Bank Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. An einzelnen 0,30 Goldmark = 30 Milliarden Papiermark. Gebührenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

24. 11. a. Nr. 547 (180 Mitt.)
62. Jahrgang.

Die Beratungen über die Kabinettsbildung

v. Kardorff Kanzlerkandidat

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß hören, hat der Reichspräsident Ebert die Absicht, dem volksparteilichen Abgeordneten von Kardorff die Bildung des Kabinetts zu übertragen. Wie wir weiter hören, wären Volkspartei und Zentrum bereit, in Verhandlungen über ein Kabinett Kardorff einzutreten. Es würde sich in diesem Falle um einen Versuch handeln, ein Kabinett der großen bürgerlichen Koalition zu bilden.

Die Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokraten hielten heute Besprechungen ab, um zu der neuen Lage, die durch den Sturz des Kabinetts Stresemann geschaffen ist, Stellung zu nehmen. Da im Augenblick die Initiative beim Reichspräsidenten liegt, beschränkten sich Zentrum und Deutsche Volkspartei darauf, die Möglichkeit einer Lösung der jetzigen Krise durchzusprechen. Die Deutsche Volkspartei ist noch dem Sturz ihres Führers wenig geneigt, von neuem einen Kanzlerkandidaten aus ihren Reihen zu stellen. Sie ist auch jetzt noch der Ansicht, daß die beste Lösung die Bildung einer großen bürgerlichen Koalition wäre, wie diese schon in dem Beschluß des Zentralvorstandes der Partei ausgesprochen worden ist.

Auch beim Zentrum sieht man die Bildung eines bürgerlichen Kabinetts mit Einschluß der Deutschnationalen ernstlich in Erwägung. Sollte die Bildung eines überparteilichen Kabinetts vom Reichspräsidenten vorgeschlagen werden, so bestande beim Zentrum wenig Neigung, den Chef eines solchen Kabinetts zu stellen. Das entspricht der Tendenz des Zentrums, die parlamentarische Basis nach Möglichkeit festzuhalten, eine Absicht, die die Fraktion auch schon in ihrem gestrigen Beschluß gegen ein Beamtenkabinett zum Ausdruck gebracht hat.

Beim Reichspräsidenten fanden heute vormittag fortlaufend Beratungen über die Kabinettsfrage statt. Auch der Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, begab sich nach Schluß der Fraktionssitzung zum Reichspräsidenten.

Aus Regierungskreisen wird erklärt: Ueber die Versuche zur Lösung der Kabinettskrise werden amtlich keine neuen Mitteilungen ausgegeben. Es ist sehr traglich, ob am heutigen Tage noch eine Lösung zustande kommt.

★

Hierzu muß gesagt werden, daß in der jetzigen Situation die Neubildung des Reichskabinetts unter allen Umständen aufs Aeußerste beschleunigt werden muß. Kommen die Erwägungen der sämtlichen Parteimitglieder, die stattfinden, zu keinem Ergebnis, so wurde auch nach Pflicht und Gewissen des Kanzlers und des Reichspräsidenten nicht zum Entschluß, dann wird die Entwicklung über sie hinwegschreiten.

Kahr und Seeckt.

pm. **München**, 24. 11. (Eigenbericht). In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in München sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Schäffer sich dahin aus, am 9. November sei in Bayern der Entscheidungskampf ausgefochten worden zwischen dem Staat und dem Condottiere-Geist. Die Entscheidung, ob Bayern ein Staat des Rechts und der Gesetzlichkeit oder ein Opfer von Condottieretruppen werden solle, Kahr in Bayern und Seeckt in Berlin seien Meilensteine in dem deutschen Verfassungsleben.

Das Vorgehen gegen die Kommunisten.

rf. **Leipzig**, 24. 11. (Eigenbericht). In Ausführung der Bestimmungen des Generals v. Seeckt haben in Leipzig erneut Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Parteimitgliedern stattgefunden. Es wurde auch nach Waffen gesucht. Die Räume der Druckerei der „Sächsischen Arbeiterzeitung" wurden versiegelt und Schutzleute als Posten aufgestellt. Die Durchführung der Verordnung im Freistaat Sachsen in den Händen der Staatspolizeiverwaltung und der Landtrinmisionsrat. Am Freitag abend wurden damit 15 Kreisdelegierten in den Regierungsbezirken Merseburg und Magdeburg die Landräte und die Polizeibehörde der kreisfreien Städte beauftragt.

Die Staatsarbeiterlöhne.

Festsetzung der Goldbezüge.

W. T. B. meldet:

Nach Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen wird der Lohn der Reichsarbeiter von der nächsten Woche ab auf Grund eines neuen Goldmarktarifs festgesetzt und ausgezahlt werden. Dieser Tarif ist nach Wirtschaftsgebieten und Lohngruppen abgestellt. Die Stundenlöhne bewegen sich in der Ortsklasse A ohne Ortszuschlag zwischen 26 und 56 Pfennig. Für Frauen und jeden Kind wurden je 3 Pfennig für die Stunde als Zuschlag gezahlt. Die Verhandlungen über die Anstellung der Beamtengehälter auf Goldmarktarifen werden voraussichtlich in der nächsten Woche statt.

Die Lohnmehrzahl für die laufende Woche beträgt für die Arbeiter 700 Millionen, die Gehaltsmehrzahl für die Beamten und Angestellten für das vierte Novemberdrittel 140 Millionen. Bei den Rechnahlungen wird der wertbeständig geahlte Teil durch Abzüge berücksichtigt.

Berliner Kurse vom 24. 11.:

1 Dollar amtlich: ℳ 4200 Milliarden
Zuteilung 1 %
1 Pfund amtl.: ℳ 18400 Milliarden
Zuteilung 1 %
1 Goldmark ℳ 1000 Milliarden
Goldanleihe: 4200 Milliard. Mk. nom.
Dollarschatzanw.: —.

Das Echo im Ausland

Aeußerungen der „Times".

A. **London**, 24. 11. (Eigenbericht.) Der Sturz des Kabinetts Stresemann wird von der Londoner Presse noch nicht kommentiert. Nur die „Times" macht eine Ausnahme und stellt die Schwierigkeiten, mit denen Stresemann zu kämpfen hatte, dar. Stresemann habe wiederholt betont, daß Deutschland im Kriege geschlagen worden sei und die Folgen davon tragen müsse, und er habe alles Menschenmögliche getan, um sich mit den Alliierten zu verständigen jedoch ohne Erfolg. Der Zustand, in dem sich Deutschland bei seinem Rücktritt befinde ist unendlich schlechter als zu irgendwelchen anderen Augenblicken seit dem Bestehen des Reiches. Stresemann habe das besonders deswegen gesagt, weil er keine Unterstützung von außen erhalten habe. Kein Appell an das Reichstag sei nur noch ein Akt der Verzweiflung gewesen, denn der Reichstag sei nur noch eine Fiktion, in der sich die Anarchie des Landes widerspiegle. In Wirklichkeit befinden sich Deutschland im Zustand der Auflösung. Das sei die wichtigste Tatsache im heutigen Europa. Einzelnes vollzieht sich in Deutschland eine ungeheure wirtschaftliche Umwandlung, durch die der ganze wirtschaftliche und sozale Aufbau des Landes und die Mentalität seiner Bewohner verändert werde. Auf der anderen Seite habe Frankreich sein Rheinland, die Ruhr und das Rheinland für mindestens eine Generation vom Reiche abgetrennen. Damit mache eine neue politische und wirtschaftliche Einheit unter der Herrschaft Frankreichs innitten der europäischen Verwirrung auf. Der Rest Deutschlands sei leiner wichtigsten und reichsten Gebiete beraubt und habe wenig Aussicht, sich schnell wieder zu erhalten. Ein neues Europa beginne sich zu formen.

Französische Betrachtungen.

S. **Paris** 24. 11. (Eigenbericht.)

Die Pariser Blätter beschäftigen sich in ausgesuchten Maße mit dem Rücktritt Stresemanns und der Frage seiner Nachfolge. Poincaré hat ein Staatsmann zur Macht gelangt, so urteilt das „Journal", dem ein so guter Ruf vorangegangen sei und der sich hinterher bemüht habe, seinem ebenso gutes Ende wie rasch zu erreichen. Er hatte sich wirklich nicht darüber beklagen können, daß es ihm an Gelegenheiten zur Entfaltung seiner Talente gefehlt habe. Das „Petit Journal" schreibt: Der Vertrag der Sachverständigen, dessen Spezialisten parlamentarischer Intrigen für einen Staatsmann gehalten zu haben. Seine parlamentarischen Fähigkeiten hätten ihm in manchen Zeiten eine schöne Laufbahn gesichert. Aber um zu gelingen, hätte er ein Parlament gebraucht. Der deutsche Parlamentarismus sei aber heute in Verfeinung.

Was die Nachfolgerschaft Stresemanns anbelangt: An erster Stelle wird der frühere Reichsschatzminister Albert genannt, ferner auch Geßler wieder und Abenarius. Im übrigen, meint der „Petit Parisien", mühte man nunmehr auf alles gefaßt sein. Wenn die äußere Lage nicht so gespannt wäre und die innere Situation nicht so schwierig, so könnte man eine allzu große Unverschämtheit die baldige Rückkehr des monarchischen Regimes voraussagen (!).

Wiener Pressestimmen.

Wien, 24. 11. (W. T. B.) In Besprechung der gestrigen Abstimmung des Reichstags und der Demission des Kabinetts Stresemann beschimen die Blätter als Hauptursache für die hoffnungslosen Lage Deutschlands die Haltung Frankreichs.

Die „Neue Freie Presse" schreibt, Poincaré hat der eigentliche Mörder des Kabinetts Stresemann, zum zweiten Male sei Frankreich die Ursache, daß eine deutsche Regierung zusammenbreche, welche einen Ausgleich wollte und den Wunsch hatte, Frieden zu schließen. In der „Reichspost" heißt es im Hinblick auf das Schicksal der parlamentarischen Regierung in Deutschland, die schwere Last des französischen Drucks, die in der Kommerzrede Poincarés neuerlich in der ganzen Welt zu spüren sei, werde eine neue Regierung natürlich ebenfalls wie die bisherige abschütteln können, die Politik des fünfmonatigen Reichskabinetts werde sich daher in ihren allgemeinen Umrissen kaum weit von der des Vorgängers unterscheiden. Die Demission und der Rücktrittsantrag im Reich und das Vorgehen der Regierung in Sachsen, das Stresemann den militärischen Ausnahmezustand nicht aufgehoben wollte, falle auf ihn die Verantwortung, und es war nötig gewesen, daß er gestürzt worden sei.

Die Vorfälle in Leipzig.

Die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel haben, wie der „B. Z." mitteilt, wegen des Falles Knepper-Clément in Leipzig einen Schritt bei den dortigen Regierungen unternommen.

Aus den hierüber aus Paris kommenden Meldungen sind in einigen Zeitungen Bemerkungen geknüpft worden, die auf die Unterstützung des sächsischen Sachverhalts zurückzuführen sind. Zur Aufklärung sei bemerkt gemeldet, daß die Geschäftsträger weisungsgemäß erklärt haben, daß weder das Reichsministerium noch das für Beteiligung stehende Reichswehrkommando einen Befehl zur Festnahme von Ententeoffizieren, die sich im Gebiet der in Sachsen und Thüringen operierenden Truppen gezeigt, erlassen haben. Sie habe allerdings zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung die Unannehmlichkeiten bedauert, denen der Leutnant Knepper und der Feldwebel Clément ausgesetzt gewesen sind, jedoch darauf hingewiesen, daß die Rückkehr der auf Grund von Artikel 48 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Sachsen eingesetzten Truppen wie überhaupt die bei Knepper aufgefundene Karte mit den eingezeichneten Kontrolle mobiler Truppen militärisch ein Unding im im Zitrat von Verfassung nicht begründet sei, daß es sich bei der Fahrt des Leutnants Knepper und seines Begleiters, wie die bei Knepper aufgefundene Karte mit den eingezeichneten neuen Stellungen ergibt, zu schließt auch um etwas ganz anderes als um eine Kontrollfahrt gehandelt habe, und daß solche Fahrten von Kontrolloffizieren in das Operationsgebiet künftig unterbleiben müßten, zumal sie die dringende Gefahr in sich bergen, die Gefühle der operierenden Truppen zu verletzen und Zwischenfälle hervorzurufen.

Das Ruhrabkommen.

Französische Darstellung.

Paris, 24. 11.

Aus Düsseldorf werden folgende Einzelheiten über das Abkommen zwischen der Ruhr und der Sachsen-Ruhr-Bank gemeldet:

Das Abkommen ist bis zum 15. April 1924 gültig. Seine Bestimmungen beeinträchtigen die Souveränität, die der Reparationsfrage zustanden kommen werden. Es ist jetzt möglich, die Hauptpunkte des Abkommens zu bezeichnen, die 80 % der Gruben betreffen.

1. Die von den deutschen Delegierten vertretenen Gruben bezahlen 4 Konto der für den Zeitraum vom 1. Juni bis 1. November gebildeten Steuern 15 Millionen Dollar; 1 k zum heutigen Tageskurse 279 Millionen fr. Franks.

2. Sie bezahlen zukünftig 10 Franks pro verkaufte Tonne.

3. Sie leisten 18 Prozent ihrer Reinproduktion gratis.

4. Die bis zum 1. Oktober im Ruhrgebiet angelegten Lager bleiben Eigentum der Alliierten.

5. Das Ruhrgebiet wird unfranzösischen Lagern bleibt in Kraft. Die auf Lager befindlichen metallurgischen Produkte können erst nach Lager genommen werden, wenn die darauf lastenden Steuern bezahlt sind, und sie können nur in einer Menge ausgeführt werden, die der von 1922 durchschnittlich ausgeführten Menge entspricht.

6. Lieferungen von Nebenprodukten, wie z. B. Benzol, Kresol usw., werden Gegenstand einer besonderen Abmachung bilden.

Dem Abkommen sind mehrere Anhänge angeschlossen, die u. a. eine Aufstellung der einzelnen Lieferungen, die auf Reparationskonto vorzunehmen sind, und Strafbestimmungen für den Fall, daß Lieferungen nicht entsprechend den betreffenden Abkommen ausgeführt werden, enthalten.

In französischen Kreisen betrachtet man den Abschluß dieses Abkommens als das endgültige Ende des politischen Widerstandes.

Sowohl die französische Meldung; die selbstverständlich einseitig ist, um so mehr, als Poincaré ihrer für die Zementierung seines gewirkten Kommissiegs dringend bedurfte. Noch unteren Informationen ist an der französischen Darstellung nur das Folgende richtig:

a) die Bezahlung von 10 Franken pro Tonne;

b) die Abtieferung von 18 % an die Entente;

c) geringere Belastung des Eisens.

Auf der anderen Seite erhält die deutsche Industrie völlig freie Verfügung über ihre sonstige Produktion, so daß nunmehr endlich die Kohlen im Ruhrgebiet wieder aufgenommen werden kann.

Bemerkenswert ist, daß die deutschen zuständigen Stellen, die über das Abkommen immerhin unterrichtet sein könnten, denn die Pariser Presse ist voll davon, sich in Schweigen hüllen, so daß nicht nur das deutsche Publikum, sondern auch die Welt wieder einmal lediglich auf französische Nachrichten angewiesen ist.

Solange alle Einzelheiten fehlen, wird man sich naturgemäß eines Urteils über die Möglichkeiten und Auswirkungen des Abkommens enthalten müssen. Es muß man nur feststellen, daß es sich um ein Wirtschaftsabkommen handelt, das auf deutscher Seite von Kaufleuten und Wirtschaftsleuten geschlossen ist. So hat die Bedingungen auch sein mögen, dürfen wir doch überzeugt bleiben, daß sie, wie angedeutet, auf der anderen Seite auch gewisse neue wirtschaftliche Bewegungsmöglichkeiten bringen.

Wir erhalten zum Abschluß des Abkommens noch nachstehende eigene Meldung:

rw. **Essen**, 24. 11. (Eigenbericht.) Ueber den Inhalt des zwischen der Sachsen-Kommission und dem Verbandstischen Vereins und der Mission gestern abgeschlossenen Abkommens, das morgen in einer Versammlung der Industriellen in Umrissen gelegt werden wird, ist noch nichts Näheres bekannt. Der gestern von Generaldirektor Vögeler unterzeichnete Vertrag ist lediglich ein Mantelvertrag, in dessen Rahmen die einzelnen Sonderabkommen abgeschlossen werden sollen. Hoffentlich ist es auf deutscher Seite gelungen, noch einige Milderungen zu erreichen. Die Schwierigkeit des Vertragsabschlusses lag in der kurzen Zeit begründet, die der Mission und den hinter ihr stehenden wirtschaftlichen Kreisen Frankreichs, als der Poincaré, der von seinen politischen Schlußungnahme und abgeben wollte. Vorweg muß bemerkt werden, daß jedes Abkommen nur Papier bleiben wird, wenn nicht die Besatzung es zu Papier bringt, den Vertehr, die Grundlage der Wirtschaft, in dem notwendigen Umfang in Gang zu bringen.

Angriff Tardieus.

Poincaré schreit Triumph.

S. **Paris**, 24. 11. (Eigenbericht.)

Nach der so fest dreistündigen Rede Poincarés ist der gestrigen Sonnabendsitzung bei der Fortsetzung der Debatte zu außerordentlich bewegten Szenen, so daß die Sitzung teilweise unterbrochen werden mußte. Tardieu warf Poincaré vor, daß er die „Rechte" Frankreichs seit Versailles immer mehr beschneiden habe. Poincaré fragte Tardieu, was er denn wohl in der Botschafterkonferenz gemacht haben würde und verlangte, daß Tardieu die Vertrauensfrage, nachdem er der Kammer mitgeteilt hatte, er habe jeoben eine Depesche erhalten, die ihm die „Kapitulation des Herrn Stinnes" meldete. Dieser Argument gegenüber gaben sich die Widersacher Poincarés geschlagen. So wurde ihm das Vertrauen mit der bereits gemeldeten Stimmenzahl ausgesprochen. Dagegen stimmten nur die 14 Kommunisten. Es enthielten sich der Stimme 49 Sozialisten, 6 Radikale, 3 Unabhängige und mehrere einzelne Abgeordnete, darunter auch Tardieu.

Das „Journal" behauptet, daß die politische Richtung Clemenceaus nach dieser Kammersitzung endgültig hinweggelegt sei. Es frage sich nur, ob Poincaré dadurch gestärkt werde.

Was die Unterzeichnung des Düsseldorfer Abkommens mit den Industriellen anlangt so ergeht sich ein großer Teil der Boulevard-Blätter in Eingeständnisse über diesen previsen „Marne-Sieg" und die Bestendung der „Kapitulation" vom 11. November 1918. Jetzt erst, so heißt man mehrfach, sei der passive Widerstand tatsächlich eingestellt. Der „Matin" betont, daß nunmehr das Abkommen zwischen den deutschen Industriellen und der Besatzungsbehörde erst offiziell sei.

Schutzzoll und Wahlkampf in England.

Einführung niedriger Zölle.

London, 24. 11. (W. T. B.) Der Luftfahrtminister Hoare sagte gestern abend in einer Rede in Chelsea, die Regierung beabsichtige nicht generell hohe Zölle einzuführen. Ein Sachverständigenausschuß werde für jede Industrie eine unparteiische Untersuchung vornehmen. Im allgemeinen würden niedrige Zölle eingeführt werden, außer in dringenden Fällen bei ungewöhnlich hohem Zufluß billiger ausländischer Ware. Die Regierung werde, wenn nötig, ein die Trusts betreffendes Gesetz einbringen.

Lord Curzon machte dem Wahlsekretär der konservativen Partei in Southport die Mitteilung, daß er entgegen einem Versprechen nicht in der Lage sei, eine Wahlversammlung abzuhalten. Die meisten Minister hätten London verlassen. Angesichts der äußeren Lage könne es jedoch nicht verteilen und müsse daher alle Einladungen zu Wahlreden ablehnen.

Der britische Arbeiterführer Benn Tillett erklärte in einer Wahlrede, der englische Ausfuhrhandel sei verkrüppelt, weil infolge des Ruhrunternehmens England seit der ganze europäische Kosten- und Eisenbahnet weggenommen wurde. Ohne Europa liege infolge des Militärisms Frankreichs zu Boden.

Kriegsminister Lord Derby, der als Führer der Die-Hards innerhalb des Kabinetts gilt, verteidigte in einer Rede in Fleetwood die französische Ruhrpolitik, die dazu geführt habe, daß Deutschland zum ersten Male seine Niederlage erkannt habe (!) Nachdem Frankreich seine Absicht, den Zahlungsunfähigen Deutschlands zu werden, erreicht habe, müsse es aber darauf bedacht sein, die Zahlungsfähigkeit des Reichs nicht zu zerstören. Er könne deshalb keinen französischen Freunden nur den Rat geben, den Poincaré einer alliierten Schätzungskommission unter Zuziehung Amerikas keine Hindernisse in den Weg zu legen, weil ein solches Schicksal sowohl im Interesse Frankreichs wie Englands liege.

Abschluß des englischen Schiffsbauerstreiks.

London, 24. 11. (W. T. B.) Bei der Abstimmung der Kesselschmiede wurde die auf der Konferenz von Edinburgh zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschlossene Uebereinkunft angenommen. Damit ist der Ausstand der 25 Monate dauernd und unmittelbar 10 000, mittelbar aber 60 000 Arbeiter der Schiffsbauindustrie betroffen hat, beendet.

Teilaussperrung in Norwegen.

Christiania, 24. 11. (W. T. B.) Um in den verschiedenen Arbeitskreisen, besonders in der Holzbearbeitungs- und Tabakindustrie, eine Einigung herbeizuführen, hat der Arbeitgeberverein eine allgemeine Aussperrung beschlossen, die morgen bälte beginnen sollen, sofern nicht bis zu diesem Zeitpunkt alle Konflikte geordnet seien. Während der Vermittlungsversuche ist es gelungt, eine Lösung für alle Konflikte zu finden mit Ausnahme der Tabakindustrie in der die Arbeiter den Vermittlungsvorschlag des Reichsschlichtungskommissiars verworfen haben. Die Aussperrung tritt daher heute und in Kraft. Sie umfaßt 16 000 Mann. Hierzu kommen 900 Mann, die schon früher in den Streik getreten sind.

Steuerhöhungen in Oesterreich.

Kbg. **Wien**, 23. 11. (Eigenbericht.) Die parlamentarische Debatte über das Regierungsprogramm ist heute im wesentlichen abgeschlossen worden. Tiefen Eindruck übte besonders die Rede des Junsbrucker Abgeordneten Schumacher über die furchtbare Verarmung in Südtirol. Der Finanzminister begründete das von ihm eingebrachte Budget. Aus den Hauptzöllen sind bemerkenswert die Erhöhung der direkten Steuern von 686 Milliarden auf 1½ Billionen Kronen, ferner die Erhöhung der Effektenumsatzsteuer, die 30proz. Erhöhung der Bankenumsatzsteuer, während die Verbrauchssteuern um 25 % höher mit 550 Milliarden veranschlagt sind. Aus der Warenumsatzsteuer werden 1400 Milliarden, jetzt 450 Milliarden Kronen Ertrag erwartet.

Wie die „Neue Freie Presse" meldet, dürften Bundeskanzler Dr. Seipel und Minister Grünberger zu Beginn des nächsten Jahres zur rumänischen Regierung in Bukarest einen Besuch abstatten.

Die Konferenz der „Kleinen Entente".

Kbg. **Wien**, 23. 11. (Eigenbericht.) Das serbische Außenministerium hat der „Tribuna" (Ljubljana) bestätigt, daß die Zusammenkunft der „Kleinen Entente" nicht am 12. Januar, sondern schon am 13. Dezember stattfindet.

Gegen die Verwelschung Südtirols.

Bonn, 23. 11. (T. U.) Eine Deputation von Bürgermeistern und Notabeln des Pustertals protestierte beim Friedensvertrag gegen die fünfjährige Verordnungen über die Einführung der deutschen Schulen und die Einführung der italienischen Amtssprache.

Der Gemeinderat von Innsbruck beschloß als Protest gegen die Drangsalierung der Deutschen in Südtirol einige Straßen der Stadt mit südtiroler Namen zu benennen, um in jedem Bezirk der Landeshauptstadt einen nach seinem Eintreffen die Erinnerung an das deutsche Südtirol wachzurufen. Es wird künftig in Innsbruck ein Südtiroler Platz, eine Bozener, Brixener, Meraner Straße usw. geben.

Kronprinzendebatte im Prager Parlament.

Prag, 23. 11. (T. U.) Im Abgeordnetenhause erklärte heute im Rahmen der Budgetdebatte der deutsche christlich-soziale Abg. Dr. Faesler, die Deutschen in der Tschecho-Slowakei könnten mit der Meinung des Ministers Dr. Beneschs daß die Rückkehr des Kronprinzen keine innere Angelegenheit Deutschlands sei, nicht übereinstimmen. Falls sich die Tschecho-Slowakei „Sanktionen" maßregeln gegen Deutschland anschließen sollte, würde sie auf die Opposition der Deutschen in der Republik stoßen.

Wettrüsten zur See.

Ausbau der englischen Kreuzerflotte.

London, 24. 11. Die englische Regierung hatte vor kurzem mitgeteilt, daß sie Aufträge zum Bau einer Anzahl leichter Kreuzer erteilen werde, einestelts, um die englische Flotte zu vervollständigen, andererseits um einer größeren Anzahl Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Die Admiralität hat gestern mitgeteilt, daß ihre Ingenieure bereits einen Plan für die neuen Schiffseinheiten ausgearbeitet haben. Es handle sich um Schiffe von bedeutend größerer Bauart als den leichten Kreuzern der Vorkriegszeit. Jedes der neuen Schiffe werde ungefähr zwei Millionen Pfund Sterling kosten.

★

Der Grund, die englische Flotte zu verstärken, steht bei dem Ausbau der englischen Kreuzergeschwader bei weitem im Vordergrund. Die gleichzeitige Möglichkeit, Arbeitslose zu beschäftigen, soll die Vorlage dem Parlament nur schmackhafter machen. Bestständlich wird das Vorgehen der Admiralität erst bei Einstellung der Pläne auf die Ereignisse im Stillen Ozean. Bekanntlich hat Japan auf der Washingtoner Konferenz durchgesetzt, daß eine Beschränkung der Kreuzerbaues, soweit diese Schiffe unter 10 000 Tonnen betrifft, nicht eintritt, und Japan hat daraufhin begonnen, seine Kreuzerflotte wesentlich zu verstärken, im Hinblick auf den möglichen Zukunftsgegner Amerika, dessen Seestreitkräfte man bei einem Vorstoß über den Großen Ozean ebenso gut wie die wichtigen Durchfuhrstraßen des Panamakanals am gegenwärtigen mit schnellfahrenden Kreuzern angehen will. Später kam die Einbringung des Flottengesetzes in Holland für Fluchtlinden, das zunächst am 27. Oktober abgelehnt wurde, worauf das Kabinett Ruys de Beerenbrod zurücktrat. Fast gleichzeitig schrit Frankreich zur Verstärkung seiner ozeanischen Einheiten bestanden und von einem Fregattenkapitän befehligt wurden. Nun ist ein Admiral Estiva beschlagt worden. Nun ist ein Admiral auf dem Kreuzer „Jules Ferry" hinausgeschrien, dem der Kreuzer „Montcalm" und mehrere Zerstörer beigegeben sind. England will bei diesem Wettrennen nicht nach stehen. Daher die neue Kreuzerserie, die außerdem der noch auszubauenden Flottenstation Singapore die notwendigen Verstärkungen zuführen soll.

Französische Infanterie als Rückendeckung der Sonderbündler.

Ludwigshafen, 24. 11. (W. T. B.) Aus einer ausführlichen Meldung von zuverlässiger Seite über den Ueberfall der Separatisten ist noch folgendes zu ergänzen:

Hinter dem Stoßtrupp, der gestern früh in Stärke von etwa 100 Mann in die Stadt einfiel, marschierte eine Kompagnie französischer Soldaten. Den Sonderbündlern hatten sich etwa 1000 Erwerbslose allein aus Ludwigshafen angeschlossen. Aus dem Stadthaus Rord, das die Separatisten zuerst besetzten, war anfänglich der deutsche Selbstschutz durch die Franzosen gewaltsam entfernt worden. Im übrigen betrachten die Franzosen beide Stadtteile bis gestern nachmittag, um dann den Sonderbündlern Platz zu machen, die die dort beschäftigten Beamten zum Teil unter Bedrohung mit der Waffe zum Weiterarbeiten zwangen. (!) Die von den Franzosen entwaffnete Polizei verfügt jetzt wieder, jedoch ohne Revolver, den Ordnungsdienst. Die Geschäfte sind fast alle geschlossen.

Schutz des persönlichen Eigentums nach Auflösung der interalliierten Rheinlandkommission.

Durch die kürzlich erlassene Verordnung Nr. 227 hat die interalliierte Rheinlandkommission zur Sicherung etwaiger Ansprüche aus angeblichen Verstößen gegen die Bestimmungen über Erhebung der Zölle die Zulässigkeit der Beschlagnahme des gesamten Vermögens einschließlich etwaiger Ortsfilialen des betreffenden Schuldners und gegebenenfalls die Bestellung eines Sequesters verfügt. Außerdem sind Handlungen, die auf Verminderung oder Verschleppung dieser Pfänder hinzielen, mit schweren Strafen bedroht.

Man sieht, die „Poincaréische Pfänderpolitik" macht Schule und schreckt auch vor der Richtung des Völkerbundsrats nicht zurück. Die brutalste Härte dieser neuen Verordnung wird die Bevölkerung des besetzten Gebiets bald in reichem Maße zu spüren bekommen, zumal die Rheinlande und die gelegentlich Schüler Politik seit fünf Jahren beweist, um die Feststellung von Verfehlungen nicht verlegen sein wird.

Das Notgeld im besetzten Gebiet.

rw. **Essen**, 23. 11. (Eigenbericht.) In der Frage der Notgeldannahme durch die Reichsbahnen ist nach den bisherigen Gerüchten bei dem gestrigen, daß das Notgeld von der Reichsbank bis zum nächsten Mittwoch noch angenommen wird und daß von nächsten Donnerstag neue Unterhandlungen mit der Reichsbank in Berlin stattfinden. Der Reichsgetbmangel im Industriegebiet hat sich in den letzten Tagen nicht gebessert, noch aber ist durch beabsichtigte Bereicherung der Notgeldmasse ein noch größerer Mißstand in das gesamte Gebiet zu bekommen. Eine Verordnung des Regierungspräsidenten von Düsseldorf verbietet auf Grund des Gesetzes vom 17. Juli 1922 den Industrie-Unternehmungen und zeitweiten Firmen neues Notgeld zu drucken und von einem Nachgeldschein etwas in den Verkehr zu bringen. Notgeld soll vom 3. Dezember nicht mehr in Zahlung genommen und schon jetzt eingezogen werden.

Der argentinische Minister des Innern Martinez ist zurückgetreten. — Senator Melo ist zum argentinischen Delegierten beim Internationalen Gerichtshof im Haag ernannt worden.

Verwaltungsreform.

Von
Oberbürgermeister **Dr. Lohmeyer.**

Der bekannte Königsberger Oberbürgermeister hat eine umfangreiche Denkschrift über die Verwaltungsreform ausgearbeitet und sie bei dem Verband der deutschen Städtetages unterbreitet. Wir beginnen hier mit dem, gekürzten, Abdruck dieser Arbeit, deren Vorschläge im wesentlichen mit unseren Anschauungen übereinstimmen. Die große Bedeutung und Dringlichkeit der Verwaltungsreform, die eine notwendige Voraussetzung für den bevorstehenden Reichsaufbau ist, veranlaßt uns, in der der nächsten Zeit noch weitere Beiträge hervorragender Sachkenner zu diesem Thema zu veröffentlichen.

Schriftleitung.

Das deutsche Volk krankt an der Ueberfülle von Behörden, die sich seit dem Kriege gewaltig vermehrt haben, und an einer Aufpumpung unseres Beamtenkörpers, der mit einem ungeheuren Heerlauf arbeitet. Starker Personalabbau bis weit unter die Friedenszahlen ist notwendig. Er ist aber nur möglich, wenn mir zu einer Vereinfachung unserer gesamten Verwaltung kommen. Diese wiederum kann nur erreicht werden durch eine starke Zentralisierung in Verbindung mit einer Stärkung der jetzt viel zu sehr von den Berliner Stellen aus gegängelten leitenden Persönlichkeiten im Lande.

Deutschland ist kein Einheitsstaat. In seiner Hauptstadt Berlin befinden zwei große Verwaltungen, eine gewaltige für die durch die neue Verfassung stark vermehrten Aufgaben des Reiches und eine große für zwei Drittel des Reiches, für Preußen, dessen Arbeitsgebiete sich vielfach decken und die in einem dem Außenstehenden nicht bekannten Umfange wo nicht gegeneinander, so doch nicht miteinander arbeiten. Man mag zu der Frage eines Einheitsstaates Deutschland stellen, wie man will, und noch so tief von der historischen Bedingtheit seiner bundesstaatlichen Charakteristik überzeugt oder der Unzweckmäßigkeit durchdrungen sein, daß wir, wie Frankreich, Einheitsstaat sind; in jedem Fall muß man zugstehen, daß die Organisationsfrage Deutschlands bei den gewaltigen außenpolitischen Lasten, die uns der Versailler Schandvertrag aufgebürdet hat, viel zu schwer ist, um mit ihr sich gegen die andringende Not zu verteidigen. Nur ganz radikale Maßnahmen können hier Abhilfe schaffen. Eine Organisationsform, die sich bestreift nur unter Berücksichtigung des Zusammenhangs zwischen den Reichs- und preußischen Bundeseinrichtungen vorgenommen werden.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst, wie einige Gebiete der öffentlichen Verwaltung unter die einzelnen Verwaltungskörper aufgeteilt sind.

Das Gebiet der Rechtspflege teilen sich nach wie vor Reich und Länder derart, daß die Gesetzgebung im wesentlichen vom Reich, die Rechtsprechung, abgesehen vom Reichsgericht, vom Landesbehörden erfolgt. Daß auf dem Gebiete der Rechtspflege in vielen Beziehungen Aenderungen eintreten müssen, ist ebenfalls unbestreitbar. Insbesondere ist vor allem die Beseitigung der unsinnigen Abtrennung einzelner Rechtspflegegebiete von der Justiz durch die Einrichtung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Man klagt über die Weltfremdheit der Richter und entzieht ihnen gerade die Gebiete, auf denen sie mit dem Wirtschaftsleben in Berührung kommen. Ich würde für richtig halten eine Umwandlung der Amtsgerichte in Gerichtsämter — Friedensgerichte — derart, daß sie über alle Rechtsstreitigkeiten entscheiden, also auch Gewerbe-, Kaufmannsgerichte und Mieteinigungsämter übernehmen. Die Amtsgerichte wären auch die richtigen Stellen für Schlichungsämter. Daß dafür neue Behörden geschaffen wurden, ist eine wieder zu beseitigende Ueberorganisation der Nachkriegszeit.

Die Tätigkeit der Grundbuchämter müßte auf die Gemeinde- und Stadtverwaltungen übergehen. Auf dem Gebiete des Vormundschaftswesens kann nach Einrichtung von Wohlfahrtsämtern eine Vereinfachung Platz greifen, indem letzteren die Fürsorgepflichten der jetzigen Vormundschaftsämter übertragen werden. Dadurch wird eine Unsumme überflüssiger Schreibarbeit (Portoverbrauch) erspart. Auf die für die Gerichte bestimmten Zustellungen (Kreisgerichte) kommen dann lediglich kontroditorische Sachen von einem bestimmten Streitwert an. Ebenso ist eine Vereinfachung bei der Strafjustiz dringend notwendig. Vor allem aber halte ich ein Nebeneinanderbestehen zweier Zentralstellen im Reich und in den Ländern, von denen eine die Hauptgesetze und die andere die Ausführungsgesetze schafft, für nicht mehr zeitgemäß. Eine später noch zu erörternde Union ist geboten.

Für die Wirtschaftsfragen bestehen an im Reich: 1. das Reichswirtschaftsministerium, 2. das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, b) für Preußen 1. das Handelsministerium, 2. das Landwirtschaftsministerium. Auch hier werden wirtschaftsfremde Fragen von den Reichs- und in den preußischen Ministerien getrennt behandelt; daß überdies die Reichsministerien Organe in den Ländern nicht besitzen, ist ein unhaltbarer Zustand. Nach Beseitigung der Zwangswirtschaft für Lebensmittel müßte zunächst